

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 22 (1981)  
**Heft:** 21

**Artikel:** Ungarn 1956 im Rahmen  
**Autor:** Revesz, Laszlo  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1094500>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Laszlo Revesz

# Ungarn 1956 im Rahmen

Am 23. Oktober 1956 begann in Ungarn die Revolution. Am 4. November setzte ihr der sowjetische Truppeneinmarsch ein Ende. Heute erinnert man sich an Ungarn und

denkt an Polen. Prof. Revesz, der Verfasser unseres Beitrags, war 1956 Vorsitzender des Revolutionskomitees an der Universität Budapest.

## Revolutionäre Bewegungen in Osteuropa

In Osteuropa ist es seit Ende der Stalin-Zeit zu mehreren revolutionären Bewegungen gekommen. Die wichtigsten von ihnen waren die Volkserhebung vom 17. Juni 1953 in der DDR, der Aufstand vom 28. Juni 1956 in Posen, die Revolution vom Oktober/November 1956 in Ungarn, die Studentenunruhen vom März/April 1968 in Polen und auf seine Weise der «Prager Frühling» von 1968. Die Aufstände der polnischen Arbeiter 1970 im Küstengebiet und dann wieder 1976 in einigen Industriestädten können ihrerseits als Bestandteil einer Entwicklung gesehen werden, die in Polen heute in vollem Gange ist.

Bei den jeweiligen revolutionären Entwicklungen zeigten sich zum Teil erhebliche Unterschiede.

Ein deutlicher Spezialfall war der «Prager Frühling» als weitgehende «Revolution von oben», die allerdings von der Bevölkerung so kräftig unterstützt wurde, dass sie über die bloss reformerischen Absichten ihres Ursprungs hinausging. Erklärtes Hauptanliegen war die «Vermenschlichung des Sozialismus», und alles in allem blieb der Prozess im Rahmen des Systems, wiewohl einige seiner Ergebnisse (die Abschaffung der Zensur zugunsten einer redaktionellen Selbstzensur, der Pluralismus in der Jugendbewegung) dem System widersprachen.

Ein wichtiges Problem der revolutionären Bewegungen in Osteuropa war — und bleibt — ihre «soziale Basis».

Sowohl in Ungarn und Polen 1956 als auch in der Tschechoslowakei 1968 hielten Arbeiter und Intellektuelle «wie ein Mann» zusammen. In Polen blieb eine solche Vereinigung indessen doch zweimal aus. Im Frühling 1968 gelang es dem Gomulka-Regime, die revoltierenden Studenten und Intellektuellen von den Arbeitern zu isolieren, und beim Arbeiteraufstand von 1970 waren es umgekehrt die Studenten und Intellektuellen, die (mehr oder weniger) abseits standen. Erst 1976 fand die revolutionäre Bewegung ihre gesamt-nationale Basis wieder, die 1980 im Ausdruck «Solidarität» ihren richtigen Namen gefunden hat.

Unterschiedlich waren der Blutzoll und das Ausmass der Rachejustiz nach Niederschlagung des revolutionären Aufbegehrens.

— In Ungarn 1956 wurde der Aufstand blutig

niedergeschlagen, und hernach folgte ein regelrechter Massenjustizmord.

Tatsächlich wurden zwischen dem 23. Oktober und dem 10. November 1956 rund 22 000 Menschen getötet oder verletzt, grossteils Jugendliche. Nicht mitgezählt sind hier alle jene, die es — sicherheitshalber! — vorzogen, sich zu Hause pflegen zu lassen.

— In der DDR gab es allein am 17. Juni 1953 schon 267 Tote und 1067 Verletzte. Man verhaftete bis zum Herbst Tausende von Personen. Hingerichtet wurden unter anderm Volkspolizisten und auch sowjetische Soldaten, die nicht auf die Bevölkerung hatten schiessen wollen.

— Bis zum Juli 1956 zählte man in Posen 55 Getötete; von den rund 800 Verletzten starben später noch einige Dutzend. Etwa 700 Personen wurden verhaftet.

— Nach den polnischen Studentenunruhen von 1968 wurden — laut offizieller Mitteilung —

## Sowjettaktik am Exempel Ungarn

Die sowjetische Taktik «Moralisch ist, was dem Kommunismus nützt und dem Feind schadet» (Lenin) ist 1956 in Ungarn geradezu klassisch angewandt worden.

①

Die sowjetische Presse brachte den ersten Bericht über den ungarischen Aufstand am 25. Oktober, angesichts der «Gewissheit», dass die sowjetischen Truppen in Ungarn rasch Ordnung schaffen würden. Die «Prawda» meldete die Zerschlagung der «Konterrevolution».

An jenem 25. Oktober erschienen in der «Prawda» auch die «Lösungen des ZK der KPdSU zum 39. Jahrestag der Grossen Sozialistischen Oktoberrevolution». Punkt 10 lautete:

«Ein brüderlicher Gruss an die Werktätigen der Ungarischen Volksrepublik, die für den weiteren Anstieg von Wirtschaft und Kultur, für eine unaufhörliche Vermehrung des Volkswohlstandes, für Frieden und für den Aufbau des Sozialismus kämpfen. Es lebe die unerschütterliche Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen dem sowjetischen und dem ungarischen Volk!»

2730 Personen festgenommen. Wer mit den revoltierenden Studenten sympathisiert hatte, verlor seine Arbeit. Abgesetzt wurden unter anderm auch 80 führende Funktionäre, darunter 14 Minister oder Vizeminister und 30 Funktionäre der «ideologischen Front».

— Massentlassungen (und Parteiausschlüsse) gab es auch in der Tschechoslowakei nach der sowjetischen Invasion vom 21. August 1968; indessen blieb ein eigentlicher Rachefeldzug nach anderweitigem Muster aus, und dass in den folgenden Jahren etliche «uneinsichtige Elemente» eingesperrt wurden, gehört eher zum Kapitel der Dissidentenbehandlung in kommunistisch regierten Staaten. Die Sowjets konnten sich mit dieser Art von «Normalisierung» zufrieden geben, weil 1. die tschechoslowakische Führung unter Husak und Svoboda nachgab und Hand bot zur stufenweisen Liquidierung aller Errungenschaften des Prager Frühlings und weil 2. in der CSSR der politische Kampf der Jugend (in der Form von passivem Widerstand) trotz dem «Fanal» von Jan Palachs Selbstverbrennung am 16. Januar 1969 weitgehend ausgeblieben ist.

Und Punkt 6 lautete:

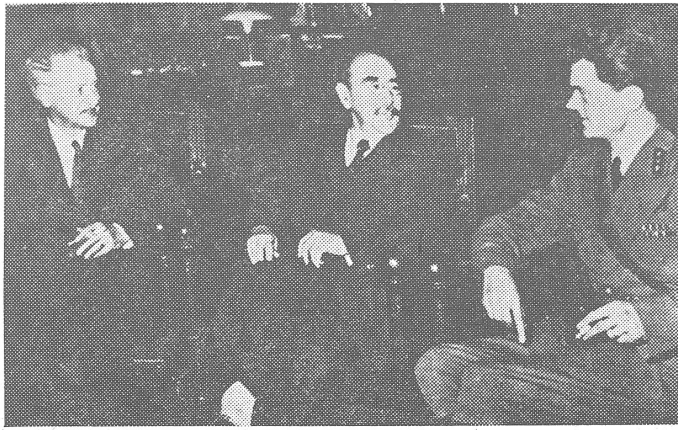
«*Werktätige der Sowjetunion und der Länder der Volksdemokratie! Festigt unaufhörlich die grosse Freundschaft der Länder des sozialistischen Lagers, fördert und festigt die brüderliche Freundschaft zwischen den Völkern unserer Länder!*»

Als diese Losungen veröffentlicht wurden, standen die (in Ungarn stationierten) Sowjettruppen schon den zweiten Tag im Einsatz gegen das ungarische Volk. In der gleichen «Prawda» konnte man von «grossem Blutvergiessen» lesen.

②

Als die Sowjetunion ihre Truppen an der Grenze zu Ungarn sammelte, versprach sie den Ungarn öffentlich und feierlich, ihre Souveränität in Zukunft besser als bisher zu respektieren.

Diese taktische Ungeheuerlichkeit — die aber typisch geblieben ist — leistete sich die Sowjetunion mit ihrer Regierungserklärung vom 30. Oktober («Prawda», 31. 10. 1956).



Am 3. November 1956, als Moskau angeboten hatte, über den sowjetischen Truppenrückzug zu verhandeln, Besprechung der ungarischen Führung. Von links nach rechts: Staatsminister Zoltan Tildy, Ministerpräsident Imre Nagy und Verteidigungsminister Pal Maleter.

Diese «Deklaration» anerkannte zunächst, dass die Unabhängigkeit und Souveränität der «Bruderstaaten» verletzt worden war, und fuhr dann fort:

«Der 20. KPdSU-Kongress (Februar 1956) hat diese Verletzungen ganz entschieden verurteilt und die Aufgabe gestellt, dass die Sowjetunion in ihren Beziehungen zu den andern sozialistischen Ländern die leninschen Prinzipien der Gleichberechtigung der Völker konsequent verwirklicht. (...)

Die Sowjetregierung hält es für notwendig, an sozialistischen Ländern über die Stationierung sowjetischer Truppen auf ihrem Gebiet zu diskutieren. (...)

Die Sowjetregierung hält es für notwendig, anlässlich der Ereignisse in Ungarn eine Erklärung abzugeben. Der Verlauf der Ereignisse zeigt, dass die Werktätigen Ungarns mit Recht auf die Notwendigkeit hinweisen, die ernsten Mängel im wirtschaftlichen Ausbau zu beseitigen. (...) Die Sowjetregierung wie auch das ganze Sowjetvolk bedauern es zutiefst, dass die Entwicklung der

Ereignisse in Ungarn zu Blutvergiessen geführt hat. (...)

Auf Bitte der ungarischen Volksregierung hatte sich die Sowjetregierung mit dem Einmarsch sowjetischer Truppeneinheiten in Ungarn einverstanden erklärt, und angesichts dessen, dass ein weiteres Verbleiben der sowjetischen Truppeneinheiten in Ungarn die Lage noch weiter verschärfen kann, hat die Sowjetregierung ihr Militärkommando angewiesen, die sowjetischen Truppeneinheiten aus Budapest abziehen, sobald die ungarische Regierung das für nötig erachtet. (...)

Am Tage dieser Erklärung konzentrierten die Sowjets neue Truppen entlang der Grenze zu Ungarn und liessen schon einige Einheiten ins Land vorrücken. Es handelte sich um KGB-Truppen, welche demoralisierte Armeestreitkräfte abzulösen hatten. Die ungarische Regierung gewährte diesen «stillen Einmarsch» sehr wohl und protestierte, aber erfolglos. Deshalb kündigte sie am 1. November die Mitgliedschaft im Warschauer Pakt auf und erklärte die Neutralität Ungarns.

## Kalender der Revolution

**22./23. Oktober:** Grosse Studentenversammlung in der Technischen Hochschule Budapest. Annahme einer Liste von Forderungen in 14 Punkten, die das eigentliche Programm der ungarischen Revolution bildeten. Austritt aus dem kommunistischen Jugendverband und Wiedergründung des seit 1950 aufgelösten Studentenverbandes. Beschluss zu einer Demonstration am 23. Oktober.

**23. Oktober:** Studentendemonstration (vom Innenministerium in letzter Minute bewilligt). Abends um 20 Uhr: AVO eröffnet Feuer auf Demonstranten. Strassenkämpfe. **Ausbruch der Revolution.** Gegen 22 Uhr: Einsatz der ungarischen Armee; Soldaten verweigern die Ausführung des Schiessbefehls.

**24. Oktober:** Ab 2 Uhr früh Einsatz der in Ungarn stationierten Sowjettruppen gegen Budapest. Arbeiter proklamieren Generalstreik und schliessen sich der Revolution an, ebenso wie das ungarische Militär. Imre Nagy wird Ministerpräsident. Ab 24. Oktober Ausbreitung der Revolution auf ganz Ungarn.

**30. Oktober:** Die Revolution siegt. Die Sowjettruppen auf dem Rückzug. In Moskau: Regierungserklärung bedauert Eingriff der Sowjettruppen und verspricht ihren Abzug.

**31. Oktober:** Einmarsch frischer Sowjettruppen nach Ungarn.

**1. November:** Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt und Neutralitätserklärung. Kadar (seit 25. Oktober Parteichef) verschwindet aus Budapest. Sowjetischer Einmarsch hält an.

**3. November:** Sowjetisches Militärkommando lädt ungarische Regierungsdelegation zu Verhandlungen über Truppenabzug ein und verhaftet sie.

**4. November:** Im sowjetisch besetzten Ostungarn Ausrufung der Gegenregierung Kadar, welche die Sowjetunion «um Hilfe bittet». **Sturm der Sowjettruppen auf Budapest. Ab 4. November: Niederschlagung der ungarischen Revolution.**

**12. November:** Der Präsidialrat löst die Regierung Nagy auf und ernennt (aber nicht rückwirkend!) die Regierung Kadar.



Ungarische Soldaten, auf Lastwagen zur Niederschlagung des Aufstandes herangeführt, nehmen Kontakt mit den Aufständischen auf und schliessen sich dann der Revolution an.

3

Am 3. November wurden die sowjetisch-ungarischen Verhandlungen über den Rückzug der Sowjettruppen aus Ungarn aufgenommen, entsprechend der sowjetischen Regierungserklärung.

Tagsüber verhandelte man im ungarischen Parlament. Abends wurde dann die ungarische De-

## Jugendunruhen im Westen und Osten

Der Marxismus-Leninismus bejaht die Studenten- und Jugendunruhen im Kapitalismus, verurteilt sie aber im Sozialismus. Nach den grossen polnischen Studentenunruhen im März 1968 schrieb die polnische Zeitung «*Slowo Ludu*» (6. 4. 1968), auch in westlichen Ländern komme es zu Studentenunruhen, welche jedoch mit ähnlichen Unruhen in einem sozialistischen Staat niemals verglichen werden dürften. Die Studentenunruhen und Jugendunruhen in einem kapitalistischen Staat seien nämlich gegen die alte Ordnung gerichtet und somit gerechtfertigt; man müsse sie befürworten und unterstützen. «Die studentischen Ereignisse in unserem Lande muss man aber anders bewerten. Vor allem gibt es hier eine fortschrittliche sozialistische Verfassung, klar präzierte Prinzipien des Sozialismus... Die Probleme, für deren Lösung die Jugend im Westen kämpft, wurden bei uns schon praktisch gelöst.» Das sowjetische Parteiprogramm 1951—1980 (Teil I, Kapitel VII) garantierte den regimfeindlichen Bewegungen im Westen die Hilfe des Sowjetstaates, und seit 1961 ist die praktische Unterstützung Aufgabe des sowjetischen Friedensfonds.



Die Studenten- und Jugendunruhen im Westen sind häufig mit Verwüstungen verbunden und haben meistens die Verwirklichung von Gruppeninteressen zum Ziel; dieselben Unruhen aber im kommunistischen Machtbereich richten sich in erster Linie auf die Garantie der nationalen Freiheit und der staatlichen Souveränität, auch dann, wenn der unmittelbare Anlass eine wirtschaftliche Forderung ist. Das ist auch der Grund, weshalb z. B. Jugend- und Studentenunruhen in der Sowjetunion heute in erster Linie in den nichtrussischen Republiken (hauptsächlich im Baltikum) stattfinden. re

legation unter Verteidigungsminister Pal Maleter ins sowjetische Hauptquartier, Tököl bei Budapest, eingeladen, um die Gespräche fortzusetzen. Da sich nachmittags die sowjetische Militärdelegation sehr entgegenkommend gezeigt hatte, lokkerten die Einheiten der ungarischen Nationalgarde ihre Kriegsbereitschaft, und auch die Studenten gingen mit Ausnahme ihrer Wachmannschaften nach zehn Tagen erstmals nach Hause, um sich übers Wochenende zu erholen.

Die Sowjets aber nahmen die von ihnen eingeladene ungarische Delegation fest; General Maleter wurde später hingerichtet. Und am ungarischen Blutsonntag, am 4. November um 4 Uhr früh, erfolgte der zweite sowjetische Angriff, die eigentliche Invasion aus der UdSSR.

4

Vom 4. bis 12. November blieb die ungarische Regierung offiziell im Amt. Aber die Sowjets stellten bereits in der Nacht zum 4. November ihre Gegenregierung unter Kadar auf, von der sie sich «zu Hilfe rufen» liessen. Eine alte sowjetische Taktik seit 1918. Und die neueste Taktik später 1979/80 in Afghanistan! Von den sieben Mitgliedern der neuen «Regierung», welche sich am 4. November 1956 über Radio Szolnok

vorstellte, befanden sich vier in der Sowjetunion und drei in Ungarn. Wie man sich ihre gemeinsame Ausarbeitung des dargelegten «Regierungsprogramms» vorzustellen hätte, bleibt ein Geheimnis.

5

Ministerpräsident Imre Nagy und seine nächsten Anhänger flüchteten am 4. November in die jugoslawische Botschaft. Am 21. November garantierten ihnen das sowjetische Hauptquartier und die ungarische Regierung freie Rückkehr in ihre Wohnungen (*salvus conductus*). Als aber Nagy und seine 19 Gefährten die Botschaft verliessen, wurden sie von Sowjetsoldaten überfallen und interniert. Nagy wurde dann am 17. Juni 1958 (genau fünf Jahre nach dem Ostberliner Aufstand) hingerichtet.

6

Am 11. Dezember wurden die zwei führenden Köpfe des am Vortag aufgelösten Grossbudapester Arbeiterrates, die Arbeiter Racz und Bali, von der «Revolutionsregierung» ins Parlament eingeladen. Dort verhaftete man sie. Später wurden sie zu lebenslanglichem Zuchthaus verurteilt.

7

Punkt 3 des neuen «Regierungsprogramms» vom 4. November verkündete und garantierte eine Amnestie für die Aufständischen. Sie wurde mit Füssen getreten.

Anstelle der Amnestie kamen Gesetzesverordnungen, welche den Notstand erklärten, *Sondergerichte* aufstellten und Schnellverfahren einführten. Es war möglich, die Angeklagten ohne schriftliche Anklage zum Tode zu verurteilen. Als «Verteidiger» durften nur Leute bestimmt werden, die auf der sog. «00-Liste» des Justizministeriums figurierten, die vom Sicherheitsdienst AVO (dem ungarischen KGB) zusammengestellt war. Diese Rechtsanwälte arbeiteten mit der Blutjustiz zusammen gegen ihre Mandanten.

Unter den Hingerichteten gab es — was sogar die erste Nummer der rechtswissenschaftlichen Zeitschrift «*Jogtudomány Közlöny*» nach dem Aufstand einräumte — auch *Minderjährige*, die «nicht mehr umzuerziehen» waren. Das versties gegen das ungarische Strafrecht, das die Todesstrafe nur für Verurteilte von über 20 Jahren vorsah. Die Justiz griff auf das Gesetz Nr. VII/1945 (Todesstrafe für Jugendliche ab 16 Jahren) zurück, obwohl es offiziell schon längst nicht mehr in Kraft war.

Es gibt keine amtlichen Angaben über die Zahl der Hingerichteten; nach zurückhaltenden Schätzungen sind es mindestens 500 gewesen.

Vollends unbekannt ist die riesige Zahl der Eingesperrten. Am 13. Dezember 1956 wurden die Tore der Internierungslager wieder geöffnet, die Nagy 1953 hatte schliessen lassen. Die Internierung konnte von der Polizei ohne irgendein gerichtliches Verfahren und ohne eine Einspruchsmöglichkeit für sechs Monate verhängt und auf zwei Jahre verlängert werden. Zur Einsperrung war nicht einmal ein erfundener Strafbestand vonnöten; die «subjektive Sozialgefährlichkeit» genügte. Ein typischer Fall von Strafe ohne Schuld.

Die Gesetzesverordnungen, welche Notstand, Sondergerichte und Schnellverfahren ermöglichten, wurden erst Ende Mai 1957 vom Parlament bestätigt (und waren damit bis dahin rechtsungültig); aber zu jenem Zeitpunkt hatte es auf ihrer Grundlage schon zahlreiche Hinrichtungen gegeben.

Der Strafverfolgung entzogen waren dagegen die AVO-Leute, die sich in den Oktobertagen unter anderem als Massenmörder an Kindern betätigt hatten. Einige Fälle:

— Am 24. Oktober ergab sich eine Kampfgruppe von 120 Studentinnen und Studenten, denen die Munition ausgegangen war, der AVO. Als die jungen Leute unter weisser Fahne bei der Budapester Kettenbrücke aufmarschierten, eröffneten die AVO-Leute das Feuer und veranstalteten ein Massaker.

— Am 25. Oktober fand auf dem Parlamentsplatz eine friedliche Demonstration statt. Tausende von Studenten, Jungarbeitern und Mittelschülern wollten der Regierung ihre Forderungen überreichen. Da eröffneten AVO-Kräfte ohne Warnung das Feuer. Sie töteten 300 Jugendliche; weit mehr wurden verwundet.

— In der westungarischen Stadt Magyaróvár erschossen Ende Oktober AVO-Leute — ebenfalls ohne Vorwarnung — innert Sekunden 82 friedliche Demonstranten, darunter viele Frauen und Kinder.

— Ähnliches geschah in der nordungarischen Stadt Salgotarján und an andern Orten. Keines dieser Verbrechen wurde gesühnt.

Als die Sowjets bis Mitte November den Widerstand der Jugend immer noch nicht hatten brechen können, nahmen sie in Budapest auf der Strasse Kinder und Jugendliche gefangen, um sie in die UdSSR zu deportieren. Zu den ersten Opfern dieser Aktion gehörten 72 Studenten der Technischen Universität Veszprém, die man aus dem Schulgebäude heraus verschleppte.



Kampfbereitschaft in Budapest nach dem ersten Eingreifen der Sowjettruppen. In Hintergrund zerstörter Sowjetpanzer.

## Das damalige Echo ohne Dauer

### UNO-Traktandum bis zum Vergessen

Am 28. Oktober wurde die «ungarische Frage» im Sicherheitsrat der UNO erörtert; die Dringlichkeitssession der Generalversammlung beschäftigte sich vom 4. bis 10. November mit der ungarischen Frage und beauftragte Generalsekretär Dag Hammarskjöld mit der Überprüfung der Lage in Ungarn. Die Kadar-Regierung protestierte, aber trotzdem wurde die «ungarische Frage» auch auf die Tagesordnung der 11. UNO-Generalversammlung aufgenommen. Die ungarische Regierung lehnte am 11. Dezember die Teilnahme ab, worauf die Generalversammlung am 9. Januar 1957 eine Fünferkommission zur Prüfung der Lage in Ungarn aufstellte. Das von dieser Kommission erarbeitete Dokument wurde vom ungarischen Ausenministerium am 7. August 1957 als illegal und als eine «grobe Einmischung» in die inneren Angelegenheiten Ungarns bezeichnet.

Die UNO-Generalversammlung verurteilte am 10. September die Sowjetunion und die ungarische

Regierung und beauftragte Wan Wai-thayakon aus Thailand, die ungarischen Entwicklungen zu beobachten, wogegen Budapest erneut protestierte.

Die UNO stellte aber die Behandlung der «Ungarn-Frage» 1962 ein und hob die Suspendierung der Rechte der ungarischen Delegation auf.

### Die Frontorganisationen

Die von der Sowjetunion finanzierten und geleiteten sog. «internationalen demokratischen Organisationen» nahmen noch während des Aufstandes Stellung zur Ungarnfrage. Sie verurteilten die «imperialistische Intervention» in Ungarn, als ob es keine sowjetische Intervention gewesen wäre.

Der Weltgewerkschaftsbund erliess sogar zwei Erklärungen. Die erste vom 29. Oktober war an das «ungarische Volk» gerichtet und schob die Verantwortung den (westlichen) «Imperialisten» in die Schuhe:

*«In ihrem verzweifelten Versuch, das kapitalistische System wiederzuerrichten, schrecken die ärgsten Feinde der ungarischen Werktätigen vor keinem Mittel zurück. Wir haben ihre blutige Intervention (!) auch vor den Werktätigen der ganzen Welt und vor dem Sicherheitsrat der UNO angeprangert, um gegen die Konterrevolution Anklage zu erheben.»*

Am 3. November richtete der in Prag tagende Vorstand des Weltgewerkschaftsbundes einen «Aufruf an die Werktätigen Ungarns und der ganzen Welt» («Prawda», 4. 11. 1956):

*«Der Weltgewerkschaftsbund ist überzeugt, dass die Werktätigen Ungarns ... das demokratische Leben erneut herstellen (...) und einen entschiedenen Kampf führen werden, um die sozialistischen Errungenschaften zu verteidigen (...).*

*Der Weltgewerkschaftsbund ruft die Werktätigen der ganzen Welt und ihre Gewerkschaftsverbände auf, unverzüglich eine mächtige Bewegung der antifaschistischen Solidarität zu organisieren (...).*»

### Das polnische Zeugnis 1956

Die Ostblockmedien suchten überall nach dem «imperialistischen Feind» und lobten die sowjetische Invasion. Eine Ausnahme bildete die polnische Presse. Am 27. Oktober schrieb sogar die zentrale Parteizeitung «Trybuna Ludu» u. a.:

*«Die Ereignisse in Ungarn erschüttern das Gewissen jedes ehrlichen Menschen in Polen. Der Bruderkrieg, der nun schon seit Tagen andauert, und die schweren Verluste, die dabei zu verzeichnen sind, hängen wie ein Schaiten der Trauer über unserem Lande. Viele von uns stellen sich die dramatische Frage: ,Wie ist es möglich gewesen, dass sich unter den Bedingungen der Volksherrschaft ein grosser Teil des ungarischen Volkes zu bewaffnetem Widerstand erhoben hat?' (...) Obwohl — wie gewöhnlich bei Massenbewegungen — unverantwortliche und zum Teil reaktionäre Elemente dazugestossen sind, bilden sie doch nicht den Kern des Widerstandes in den derartig harten und langen Kämpfen ... Die Antwort auf die gestellte Frage sollte weder in den vereinfachenden Hinweisen auf die ,ausländischen Spionage-Agenturen' gefunden werden noch im Entdecken der Konterrevolution auf Schritt und Tritt.»*

Die polnische Parteiführung bezeichnete die Nagy-Regierung offiziell als «Regierung der nationalen Einheit», während z. B. die tschechoslowakische Presse die Möglichkeit einer sozialistischen Regierung, in welcher mehrere unabhängige Parteien vertreten wären, ablehnte.

Die polnische Jugend protestierte schon am 24. Oktober nach dem ersten sowjetischen Angriff in Ungarn. Das «Wochenblatt der Studenten und jungen Intellektuelle» Polens, «Po Prostu», berichtete geradezu mit Begeisterung

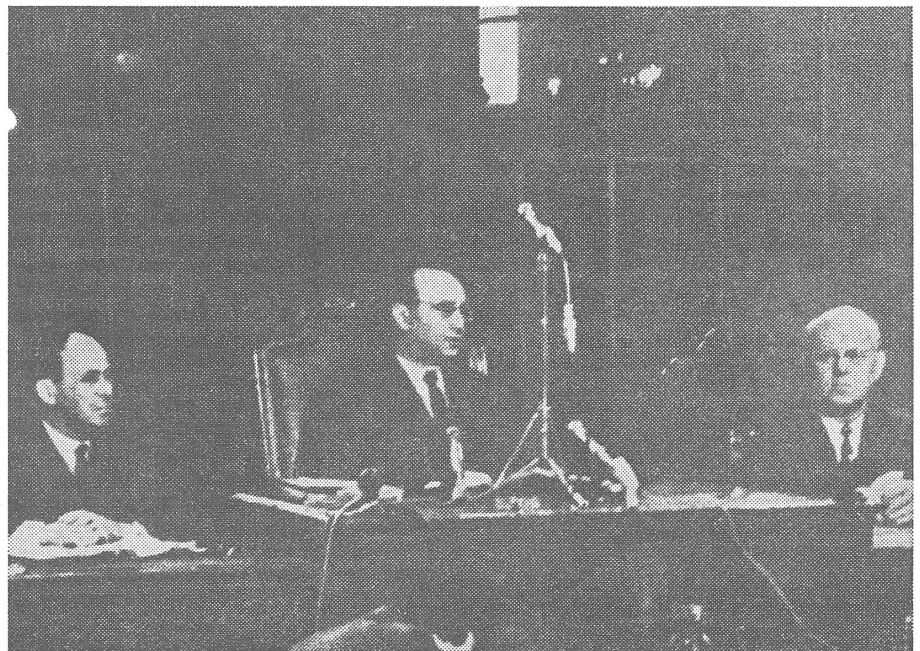
### Der «polnische Oktober»

Ungefähr parallel zur ungarischen Revolution, aber mit anderem Ausgang, kam es 1956 auch zum «polnischen Oktober», einer von der Partei aufgefangenen Erneuerungsbewegung.

Am 17. Oktober 1956 trat der bisherige Parteichef Ochab zurück, und Gomulka wurde neuer 1. ZK-Sekretär der PVAP. Die Ablösung stand unter dem Vorzeichen von Reformen in Richtung auf ein polnisches Sozialismus-Modell.

Die Sowjets wollten eine solche Entwicklung nicht zulassen. Chruschtschow kam mit einer Delegation nach Warschau, konnte aber nichts erreichen. Da liess er die sowjetische Armee aufmarschieren. Indessen gruben sich polnische Militäreinheiten vor Warschau zum Kampf ein, und angesichts dieser Sachlage brachen die Sowjets ihren Vorstoss ab. Moskau nahm den gegen seinen Willen vollzogenen Führungswechsel in der polnischen Partei hin.

Der polnische Oktober brachte unter anderem die Anerkennung des privaten Bauerntums und eine Regelung zwischen Staat und Kirche. Aber er blieb im Rahmen des Systems, und viele seiner Liberalisierungsverheissungen wurden im Lauf der Jahre zurückgenommen. Die wieder wachsende Unzufriedenheit führte zu den revolutionären Ereignissen von 1968, 1970, 1976 und 1980/81.



Volksgerichtshof in Budapest nach 1956: Abrechnung.

über den ungarischen Aufstand. In dieser Zeitung — wie auch in den meisten nichtkommunistischen Presseorganen Polens — kamen solche Ausdrücke wie «Konterrevolution», «Faschisten», «faschistische Banden», «imperialistische Söldner» usw. niemals vor. Am 25. November schrieb «Po Prostu» unter anderem:

«Die Revolution wurde liquidiert, bevor ihre ersten Blumen hätten blühen können. Sie wird mit goldenen Buchstaben in die Geschichte eingetragen, obwohl es auch negative Erscheinungen gab; diese waren aber weder für den Charakter noch für den Verlauf entscheidend.»

Die polnische Zensur liess damals bei «Po Prostu» erstaunliche Dinge durch: Roman Zimand bezeichnete im Titel seines Artikels die ungarische Revolution als «Angelegenheit der Arbeiter der ganzen Welt» (am 28. Oktober):

«Es ist bekannt, dass Hauptursache der ungarischen Tragödie die Stalinisten waren... Dies hat eine Situation geschaffen, wie sie nur die schlimmsten Feinde des Kommunismus träumen konnten: Die Armee des Staates, welcher vor 39 Jahren die siegreiche Revolution durchführte, begann auf das Volk zu schiessen, das die Verwirklichung demokratischer Forderungen verlangte. Die ungarische Tragödie — wie gewissermassen auch die Geschichte Polens im Laufe der letzten Jahre — brachte die Lage in der internationalen Arbeiterbewegung zu einem Wendepunkt. (...) Ich stelle die These auf, dass die ungarischen Ereignisse für das internationale Proletariat zu einem Wendepunkt geworden sind. (...) Wir können stolz sein — obwohl dieser Stolz auch sehr bitter ist —, dass wir eine der ersten kommunistischen Parteien der Welt waren, welche Ursachen und Verlauf der bisherigen Kämpfe in Ungarn der Wahrheit entsprechend bewertet haben. (...) Die kommunistischen Parteien Chinas, Italiens, Belgiens, der USA, Jugoslawiens nahmen zu den ungarischen Ereignissen eine antistalinistische Stellung ein. Alle haben mehr oder weniger den Volkscharakter der Forderungen der Budapester Demonstranten anerkannt und fordern den Abzug der Sowjettruppen aus Budapest. (...)

Einen direkt entgegengesetzten Standpunkt vertreten die Presseorgane der französischen KP und der SED... Jene, die den Verlauf der Ereignisse in Ungarn als Aktivität der «Agenten, Provokateure und antifaschistischen Banden» erklären wollen, können nur blinde Stalinisten sein... Die Aufrechterhaltung des Stalinismus in unserer Bewegung ist eine Garantie des Erfolges des Imperialismus. Es genügt, die Aufmerksamkeit auf die Korrelation zwischen dem Eingriff der Sowjetarmee in Ungarn und der Aggression gegen Aegypten zu richten.»

Im ersten redaktionellen Leitartikel von «Po Prostu» nach dem zweiten Ueberfall auf Ungarn am 4. November hiess es:

«Die Freude an den Resultaten der polnischen Oktobertage wird durch die gespannte Weltlage, durch die schreckliche Tragödie des uns nahe stehenden ungarischen Volkes paralyisiert.» («Po Prostu», 11. November 1956.) Der bekannte Autor Bielecki schrieb am 25. November im Zusammenhang mit dem Ausbruch der Revolution in Ungarn: «Aus den ersten chaotischen Informationen ergibt sich zweifellos eine Tatsache: Die ganze Nation ist auf der Seite der Auf-

ständischen... Niemand wird die Waffen strecken, bis die Sicherheit garantiert wird und die Sowjettruppen das Land verlassen.» Derselbe Autor fasste am 26. November die Lehre der ungarischen Tragödie wie folgt zusammen: «Man kann zu seiner eigenen Nation nicht mit Kanonen, und noch dazu mit fremden Kanonen, sprechen, wenn diese Nation die Anerkennung ihrer unveräusserlichen Rechte auf Freiheit und Gerechtigkeit fordert.»



Die Führung der französischen KP hiess die sowjetische Invasion gut, die Mitgliedschaft aber nicht. 1950 gab es im PCF 800 000 Mitglieder; nach 1956 aber nur noch 430 000. Die Italienische KP zählte im September 1953 noch 2 557 448 Mitglieder (zusammen mit Jungkommunisten), nach dem Aufstand nur noch 2 035 000.

Der Nobelpreisträger Albert Camus sagte zum ersten Jahrestag der ungarischen Revolution in Paris: «Das unterjochte, in Ketten geschlagene Ungarn tat für Freiheit und Gerechtigkeit mehr als irgendein anderes Volk in der Welt während der letzten zwanzig Jahre.»

Nach der Zerschlagung der ungarischen Revolution durch die Sowjets begann und vertiefte sich bald eine polyzentrische Entwicklung in der kommunistischen Bewegung, welche besonders Mitte der sechziger Jahre Moskau viele Unannehmlichkeiten und Sorgen verursachte.

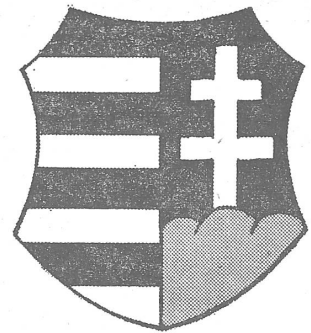


Heute ist Polen in einer Situation, welche in vielen Einzelheiten an Ungarn 1956 erinnert. Der Pluralismus in der Gewerkschaftsbewegung und Jugendbewegung wurde eingeführt, das Streikrecht — wenn auch mit Einschränkungen — gesetzlich anerkannt, die Zensur beschränkt, die Stellung der Kirche gestärkt. Wie 1956 in Ungarn wird heute in Polen das Volk erneut als politischer Faktor anerkannt.

Die Stimme Moskaus tönt so wie 1956 gegenüber Ungarn: der Feind wird wieder in der «imperialistischen Welt» gesucht. Die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PVAP), welche in den siebziger Jahren öfters wiederholte, «für alles, was in diesem Lande geschieht, tragen wir die Verantwortung», möchte jetzt wegen der Verschlechterung der wirtschaftlichen und materiellen Lage die Verantwortung auf den freien Gewerkschaftsverband Solidarnosc abschieben, um auf Kosten der Gewerkschaften beim Volk ein Minimum an Vertrauen zu gewinnen.

Wohin der polnische Weg noch führt, ist unbekannt. Moskau muss mit einem erbitterten, mutigen Widerstand der polnischen Nation rechnen, wenn es mit Gewalt intervenieren will. Die Polen verlangen jetzt eine wahrheitsgetreue Geschichtsschreibung, und zum neuen Schuljahr erschienen schon mehrere neue Geschichtsbücher, welche die polnisch-sowjetischen Beziehungen in der Vergangenheit vom polnischen und nicht vom sowjetischen Standpunkt aus behandeln. Der Ueberfall der Sowjetunion auf Polen am 17. September 1939 ohne Kriegserklärung und im Bündnis mit Hitlerdeutschland ist kein Tabu mehr. Die polnische Jugend hat Verteidigungswillen. Sie wird genauso kämpfen, wenn es notwendig ist, wie die ungarische Jugend vor 25 Jahren. ■

# 1956—1981



## Einladung zur Gedenkfeier der ungarischen Revolution

Die 25. Gedenkfeier für die Ungarische Revolution von 1956 findet am 25. Oktober 1981, um 17 Uhr, in der «Westhalle» des «Bellevue»-Hotels statt. Wir laden Sie, Ihre Familie und Freunde zum festlichen Anlass herzlich ein.

Die Veranstalter

### Programm

Eröffnungsrede:  
Prof. Dr. László Révész

Solo- und Duogesang:  
Vera und László Turek  
Begleitung: Eva Wajsza

Festansprache: Dr. Peter Sager  
Leiter des Schweizerischen  
Ost-Instituts

Ungarische Volkstanzgruppe  
Bern  
Volkstanz: Kalotaszeg

Ungarische Volkstanzgruppe  
Bern, Kossuth Verbunk  
Gedicht von Gyula Illyés  
Vortragender: Tamás Bak

Musikeinlage:  
Ferenc und Béla Szedlák  
Ungarische Hymne